



Newsletter aus dem Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Ausgabe vom 15. Februar 2017 - Sächsische Staatsregierung

EU-Politik

Gesundheit

Die Krebsfrüherkennung in der Europäischen Union ist in den vergangenen zehn Jahren weit vorangekommen..... 4

Inneres

EU-Staats- und Regierungschefs einigen sich auf die Erklärung von Malta.....5

Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen.....6

Antiterrorgesetz und Kontrolle an der Außengrenze der Europäischen Union..... 7

Kultur

Europäische digitale Bibliothek Europeana ruft dazu auf, Liebesbriefe aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu entschlüsseln.....8

Medien

Portabilität von Online-Inhaltediensten - Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament... 9

Soziales

Europäische Kommission startet öffentliche Konsultation zum Europäischen Solidaritätskorps.... 10

Wirtschaft

Vorgesehene Fördermaßnahmen sollen dazu beitragen, eine bestehende Lücke am Markt zu schließen und den weiteren Ausbau künftig aus eigenen Kräften zu schaffen..... 11

Termine

Rat.....	12
Kommission.....	13

Ausschreibungen

Stelle der Verwaltungsdirektorin/des Verwaltungsdirektors von Eurojust - Den Haag (Niederlande).....	14
Mehrjahresarbeitsprogramm für die finanzielle Unterstützung im Bereich Verkehr der Fazilität »Connecting Europe« (CEF) für den Zeitraum 2014-2020 Kombinierte Aufforderung (»Blending«-Call).....	15
Arrival Management Extended to En-route airspace.....	16
ATM Operations, Architecture, Performance and Validation.....	17
Enabling Aviation Infrastructure - CNS.....	18
Enabling Aviation Infrastructure - CNS for General Aviation.....	19
Optimised ATM Network Services - TBO.....	20
Advanced Air Traffic Services - Separation Management.....	21
Knowledge Transfer Network (KTN).....	22
R&I on IoT integration and platforms.....	23
Next Generation Internet.....	24
Reinforcing European presence in international ICT standardisation.....	25
International partnership building in low and middle income countries.....	26
Innovation procurement networks.....	27
Startup Europe for Growth and Innovation Radar.....	28
Micro- and nanoelectronics technologies.....	29
Photonics KET 2017.....	30
Robotics Competition, coordination and support.....	31

Kooperationsbörse

Erasmus Plus Programme.....	32
Building Regional and European Capacity in Manufacturing Knowledge Clusters.....	34

Die Krebsfrüherkennung in der Europäischen Union ist in den vergangenen zehn Jahren weit vorangekommen

(SU) Heute gibt es in insgesamt 25 EU-Mitgliedstaaten bevölkerungsweite Früherkennungsprogramme für Brustkrebs, in 22 Ländern für Gebärmutterhalskrebs und in 20 Ländern für Dickdarmkrebs. Vor zehn Jahren waren es im Vergleich 18, 17 und 12 Länder. Das zeigt ein am 09.02.2017 veröffentlichter [Bericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Ratsempfehlung zur Krebsfrüherkennung](#). »250.000 Europäerinnen und Europäer sterben jedes Jahr an Brust-, Gebärmutterhals- oder Dickdarmkrebs. Früherkennung und Vorsorge retten Leben, deshalb müssen wir weiter hier ansetzen«, erklärte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis.

Die [Ratsempfehlung](#) und die Qualitäts-Leitlinien der Europäischen Kommission haben dazu geführt, dass die meisten Mitgliedstaaten organisierte und qualitativ hochwertige Früherkennungsprogramme ins Leben gerufen haben.

Im letzten im Bericht erfassten Jahr wurden fast 25 Millionen Frauen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren zu einer Mammographie eingeladen. 110 Millionen Männer und Frauen zwischen 50 und 74 Jahren hatten die Möglichkeit zu einer Früherkennungsuntersuchung für Darmkrebs.

Auf den Internetseiten der Generaldirektion Gesundheit wird umfassend über die aktuellen Initiativen der Europäischen Kommission im Kampf [gegen Krebs informiert](#).

(Quelle: Europäische Kommission)

EU-Staats- und Regierungschefs einigen sich auf die Erklärung von Malta

(TGn) Am 03.02.2017 fand in Valletta der informelle Gipfel der 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union statt. Zum Thema Migration einigten sich die Gipfelteilnehmer auf Maßnahmen zur Eindämmung des Zustroms irregulärer Migranten aus Libyen nach Italien und nahmen die [Erklärung von Malta](#) an. In der Erklärung wird die wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen und die Eindämmung der illegalen Zuwanderungsströme als maßgeblich für eine nachhaltige Migrationspolitik bezeichnet. Folgende Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Migrationsströme zu verringern, das Geschäftsmodell der Schleuser zu zerschlagen und Menschenleben zu retten:

- Eindämmung des Flüchtlingsstroms durch das Training, die Aufrüstung und die Unterstützung der libyschen Küstenwache. Bestehende Trainingsprogramme sollen erheblich ausgebaut werden. Ferner soll die Zusammenarbeit von libyschen Akteuren und Europäischen Agenturen verbessert werden. Schließlich sollen Informationskampagnen vor den Gefahren einer Überfahrt nach Europa warnen.
- Aufbau von besseren Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge in Libyen sowie die Verbesserung der sozial-ökonomischen Situation von lokalen Gemeinschaften in den Küstenregionen.
- Stärkung der libyschen Regierung durch Unterstützung beim Schutz ihrer Außengrenzen. Zudem Unterstützung von Mitgliedstaaten, wie dem am meisten betroffenen Italien, das direkt mit Libyen in Kontakt steht. Des Weiteren Stärkung des Dialogs mit Nachbarstaaten Libyens.

Auf dem zweiten Teil der Tagung wurden die Vorbereitungen für den bevorstehenden 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25.03.2017 erörtert.

Weitere Informationen zur Tagung finden Sie auf der Internetseite des [Rates der Europäischen Union](#).

Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen

(TGn) Am 08.02.2017 legte die Europäische Kommission den [9. Fortschrittsbericht](#) über die EU-Sofortmaßnahmen zu den Umverteilungs- und Neuansiedlungsregelungen vor. Die Regelungen der Umverteilung (relocation) gehen auf die Ratsbeschlüsse vom Juli und September 2015 zurück, nach denen insgesamt 160.000 Flüchtlinge binnen zwei Jahren, also bis September 2017, europaweit umverteilt werden sollen. Im Berichtszeitraum- d. h. ab dem 08.02.2017 - wurden weitere 3.813 Personen umverteilt, womit die Gesamtzahl der umgesiedelten Personen 11.966 beträgt (davon 8.766 aus Griechenland und 3.200 aus Italien). Im Dezember erreichte die Zahl der Umsiedlungen sowohl aus Italien als auch aus Griechenland mit 1.926 Menschen (764 aus Italien und 1.162 aus Griechenland) einen neuen Höchststand. Im Januar wurden 1.682 Personen umgesiedelt (551 aus Italien und 1.131 aus Griechenland).

In den [Schlussfolgerungen des Rates vom 22.07.2015](#) war die Neuansiedlung (resettlement) von 22.000 Personen, die unzweifelhaft internationalen Schutz bedürfen, festgelegt worden. Die Zahlen belaufen sich hier auf 13.968 Personen seit Juli 2015. Im Zeitraum seit Dezember 2016 waren es 913 Personen. Die meisten von ihnen stammen aus der Türkei, Jordanien und dem Libanon. In 21 Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Italien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische Republik und Vereinigtes Königreich) sind Schutzbedürftige neu angesiedelt worden. Finnland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich sowie die assoziierten Staaten Schweiz, Liechtenstein und Island sind ihren Zusagen bereits vollumfänglich nachgekommen. Im Rahmen des Türkei-Abkommens sind seit dem 04.04.2016 3.098 Syrer aus der Türkei in der Europäischen Union neu angesiedelt worden, darunter 487 seit Dezember letzten Jahres.

Es bedürfe trotz der Fortschritte »weiterer Anstrengungen der Mitgliedstaaten, um die erzielten Fortschritte zu konsolidieren und die von der Europäischen Kommission gesetzte monatliche Zielvorgabe von 1.000 Umsiedlungen aus Italien und 2.000 aus Griechenland zu erreichen« resümiert die Europäische Kommission.

Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung](#) der Europäischen Kommission.

(TGn) Das neue **Antiterrorgesetz** der Europäischen Union wird bestimmte terroristische Vorbereitungshandlungen unter Strafe stellen: Auslandsreisen für terroristische Zwecke und Rückkehr in die Europäische Union, die Anwerbung oder Ausbildung für terroristische Zwecke, die öffentliche Anstiftung zu terroristischen Handlungen, die Befürwortung von Terrorismus, sei es direkt oder indirekt, etwa durch die Verherrlichung terroristischer Handlungen oder durch die Bereitstellung von Finanzmitteln für terroristische Straftaten. Hintergrund ist die Bedrohung durch sogenannte ausländische Kämpfer, die sich in Konfliktgebieten ausbilden lassen und durch islamistische Täter, die Angriffe im Alleingang planen. Das neue Gesetz wird aber auch Bestimmungen zum Schutz der Opfer von Terroranschlägen beinhalten. Des Weiteren wird eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten festgeschrieben, Informationen über Strafverfahren gegen Verdächtige auszutauschen, wenn so künftige Anschläge verhindert oder laufende Ermittlungen oder Verfahren unterstützt werden können.

Es handelt sich um eine Richtlinie, die den Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union (**2002/475/JHA**) ersetzt, um mit den neuesten Entwicklungen und Bedrohungen (wie z. B. durch ausländische Kämpfer oder »einsame Wölfe«) Schritt zu halten, aber auch, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten internationale Verpflichtungen und Standards wie die **Resolution 2178 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen** oder das **Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus** einhalten.

Ein weiterer Vorschlag, über den das Europäische Parlament abstimmt, betrifft die **Kontrolle an den EU-Außengrenzen** und wird den **Schengener Grenzkodex** abändern. Festgeschrieben wird eine systematische Kontrolle aller EU-Bürger und Drittstaatsangehöriger, die in die Europäische Union ein- oder ausreisen. Dies erfolgt im Rahmen eines Abgleichs mit Datenbanken, z. B. über verlorene und gestohlene Dokumente. Die Vorschriften, auf die sich Europäisches Parlament und der Rat der Europäischen Union bereits informell geeinigt haben, würden zusätzlich die Mitgliedstaaten verpflichten, zu überprüfen, ob die Reisenden eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit darstellen.

Europäische digitale Bibliothek Europeana ruft dazu auf, Liebesbriefe aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu entschlüsseln

(WK) Pünktlich zum Valentinstag hat die europäische digitale [Bibliothek Europeana](#) am 14.02.2017 zum »Liebes-Transcribathon« aufgerufen. Dazu veröffentlicht sie Liebesbriefe, Gedichte, Liedertexte, Zeichnungen und sogar auf Blumen geschriebene Liebesbotschaften aus dem Ersten Weltkrieg auf ihrer Website. Internetnutzer werden gebeten, dabei zu helfen, die Liebesgeschichten zu entziffern. Gefragt sind Transkriptionen, Interpretationen und Anmerkungen, die über die Seite [Transcribathon](#) hinzugefügt werden können. Ziel ist es, die handgeschriebenen Originalbotschaften in digitaler Form zu erhalten. Bisher hat Europeana bereits mehr als 40 Liebesbezeugungen auf Englisch, Deutsch, Französisch, Niederländisch, Kroatisch, Slowenisch und Griechisch veröffentlicht. Veröffentlichungen in weiteren Sprachen folgen. Der Liebes-Transcribathon ist Teil des Projekts »Transcribe Europeana 1914-1918«, einer Crowdsourcing-Plattform, über die Internetnutzer dazu beitragen können, wichtige Originalzeugnisse aus dem Ersten Weltkrieg zu entschlüsseln.

Die Europeana wurde 2005 gegründet. Sie ermöglicht Internetnutzern freien Zugang zu mehr als 54 Millionen Kunstwerken, Büchern, Videos, Tonbändern und anderen Objekten aus ganz Europa. Unterstützt wird Europeana von der Europäischen Kommission im Rahmen des Infrastrukturprogramms »Connecting Europe«.

(Quelle: Europäische Kommission)

Portabilität von Online-Inhaltediensten - Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament

(AV) Am 07.02.2017 haben sich der **maltesische Ratsvorsitz** und **Vertreter des Europäischen Parlaments** über die Abschaffung der Hindernisse für die grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt geeinigt.

Die Einigung, die vom Rat der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament noch formell bestätigt werden muss, wird Verbrauchern die Möglichkeit bieten, Online-Inhaltedienste, die sie in ihrem Heimatland abonniert oder gekauft haben, auch dann zu nutzen, wenn sie sich vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten.

Die neue Verordnung ist eine von mehreren Initiativen im Bereich des digitalen Binnenmarkts, die darauf abzielen, einen echten Binnenmarkt für digitale Inhalte und Dienste zu schaffen. Die **Europäische Kommission hatte ihren ursprünglichen Vorschlag im Dezember 2015 vorgelegt**.

Die neue Verordnung wird für Online-Inhaltedienste gelten, die gegen Zahlung eines Geldbetrags bereitgestellt werden. Frei empfangbare Dienste, etwa der öffentlich-rechtliche Rundfunk, werden von der Verordnung profitieren, sofern sie das Wohnsitzland ihrer Abonnenten überprüfen, so die Ansicht des Rates.

Derzeit rühren die Hindernisse für die grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten daher, dass die Übertragungsrechte für Inhalte wie audiovisuelle Werke oder hochkarätige Sportveranstaltungen, die urheberrechtlich und/oder durch verwandte Rechte geschützt sind, häufig Gebietslizenzen unterliegen.

Mit den neuen Vorschriften soll nach Ansicht der Mitgliedstaaten und des Parlaments gewährleistet werden, dass Nutzer im Ausland gleichberechtigten Zugang zu Inhalten erhalten, die sie in ihrem Wohnsitzland rechtmäßig erworben oder abonniert haben, wenn sie sich vorübergehend - etwa im Urlaub, auf Dienstreisen oder für eine begrenzte Zeit als Studenten - in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten.

Um Missbrauch zu vermeiden, werden die Anbieter das jeweilige Wohnsitzland ihrer Abonnenten überprüfen, so der Rat. Bei der Überprüfung müssen sie sich an die Datenschutzvorschriften der Europäischen Union halten.

Sobald Rat und Parlament die Verordnung förmlich angenommen haben, findet die neue Regelung neun Monate nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union Anwendung.

(Quellen: Rat der Europäischen Union/Europäisches Parlament)

Europäische Kommission startet öffentliche Konsultation zum Europäischen Solidaritätskorps

(SU) Im Dezember 2016 hatte die Europäische Kommission den Startschuss für das **Europäische Solidaritätskorps** gegeben. Dieses bietet jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit, an Freiwilligenprojekten oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen, die Gemeinschaften und Menschen in ganz Europa zugutekommen. So können sie zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn nicht nur wertvolle Erfahrungen sammeln und wichtige Kompetenzen erwerben, sondern auch einen der Grundwerte der Europäischen Union, die Solidarität, fördern und stärken. Die Projektdauer beträgt zwischen zwei und zwölf Monaten.

Mittlerweile haben sich bereits mehr als 21.000 junge Menschen für das Europäische Solidaritätskorps angemeldet. Die teilnehmenden Organisationen können voraussichtlich ab Anfang März geeignete Bewerberinnen und Bewerber auswählen, sodass bereits im Frühjahr die ersten jungen Menschen an Solidaritätsmaßnahmen teilnehmen können.

Derzeit arbeitet die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag über die rechtliche Ausgestaltung aus. Um diese bestmöglich an die bestehenden Voraussetzungen und Bedürfnisse anpassen zu können, **startete die Europäische Kommission am 06.02.2017 eine öffentlichen Konsultation** zum Thema.

Junge Menschen, Lehrkräfte, Jugendarbeiter, Organisationen, Arbeitgeber, sonstige Interessenträger und Behörden können in den nächsten acht Wochen die verschiedenen Ziele der Initiative bewerten, Auskunft über die Motive für ihre Teilnahme geben, ihren Informations- und Unterstützungsbedarf anmelden sowie bewährte Verfahren teilen. Die Konsultation ist bis 02.04.2017 geöffnet.

Die Ergebnisse sollen dann in die Vorarbeiten zu dem Legislativvorschlag einfließen und zur weiteren Ausgestaltung und Konsolidierung des Europäischen Solidaritätskorps beitragen.

Die öffentliche Konsultation baut auf einer früheren Konsultation von Ende 2016 auf, die zur Vorbereitung der **Einrichtung des Europäischen Solidaritätskorps** im Dezember durchgeführt wurde.

(Quelle: Europäische Kommission)

Vorgesehene Fördermaßnahmen sollen dazu beitragen, eine bestehende Lücke am Markt zu schließen und den weiteren Ausbau künftig aus eigenen Kräften zu schaffen

(CL) Die Europäische Kommission hat in einer **Entscheidung** vom 13.02.2017 festgestellt, dass die deutsche Regelung zum landesweiten Aufbau einer benutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht. Durch das Förderprogramm werde eine tatsächliche Marktlücke geschlossen, ohne dass der Wettbewerb im Binnenmarkt übermäßig beeinträchtigt werde.

Das deutsche Programm sieht vor, über einen Zeitraum von vier Jahren insgesamt 300 Mio. Euro für die Installation neuer Normal- und Schnellladesäulen sowie für den Ausbau der bestehenden Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge bereitzustellen. In den Genuss einer Förderung können alle Interessenten, wie beispielsweise Unternehmen, Verbraucher und Behörden, kommen. Die Förderung soll schrittweise im Rahmen eines offenen und transparenten Ausschreibungsverfahrens gewährt werden. Darüber hinaus muss der Strom für die Ladeinfrastruktur aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Die Europäische Kommission vertritt die Auffassung, dass die von Deutschland vorgesehenen Maßnahmen Investitionsanreize schaffen werden, die der Nutzung von Elektrofahrzeugen Auftrieb verleihen und somit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des gemeinsamen Ziels leisten, die Schadstoffemissionen im Verkehr zu senken und die Luftqualität zu verbessern.

Sobald die grundlegende Ladeinfrastruktur mithilfe finanzieller Unterstützung aufgebaut ist, dürfte der weitere Ausbau nach Ansicht der Europäischen Kommission ohne weitere Unterstützung möglich sein.

Termine

Rat

Wann**20.02.2017****Was****Ratstreffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit**

Heute stehen die Themen Binnenmarkt und Industrie auf der Agenda. Details zur Tagesordnung werden vorab auf der Internetseite des [Rates der Europäischen Union](#) veröffentlicht.

Rat

Wann**20.02.2017****Was****Treffen der Eurogruppe**

Die Tagesordnung für das Treffen der Eurogruppe kann vorab auf der Internetseite des [Rates der Europäischen Union](#) eingesehen werden.

Rat

Wann**21.02.2017****Was****Ratstreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen**

Die Tagesordnung für den Rat Wirtschaft und Finanzen kann vorab auf der Internetseite des [Rates der Europäischen Union](#) eingesehen werden.

Termine

Kommission

Wann

22.02.2017

Was

Wöchentliche Kommissionssitzung

Weitere Informationen und eine detaillierte Agenda können vorab auf der Internetseite der [Europäischen Kommission](#) abgerufen werden.

Stelle der Verwaltungsdirektorin/des Verwaltungsdirektors von Eurojust - Den Haag (Niederlande)

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

**Mehrjahresarbeitsprogramm für die finanzielle Unterstützung im Bereich Verkehr der
Fazilität »Connecting Europe« (CEF) für den Zeitraum 2014-2020 Kombinierte Aufforderung
(»Blending«-Call)**

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Arrival Management Extended to En-route airspace

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

ATM Operations, Architecture, Performance and Validation

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Enabling Aviation Infrastructure - CNS

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Enabling Aviation Infrastructure - CNS for General Aviation

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Optimised ATM Network Services - TBO

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Advanced Air Traffic Services - Separation Management

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Knowledge Transfer Network (KTN)

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

R&I on IoT integration and platforms

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Next Generation Internet

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Reinforcing European presence in international ICT standardisation

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

International partnership building in low and middle income countries

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Innovation procurement networks

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Startup Europe for Growth and Innovation Radar

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Micro- and nanoelectronics technologies

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Robotics Competition, coordination and support

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Erasmus Plus Programme

Dear colleagues,

The Extremadura Agency for International Development Cooperation (Regional Government of Extremadura, Spain) is looking for a consortium to participate in the Erasmus Plus Programme.

Interested parties are kindly invited to express their interest to the following contact person:

Gema González Jiménez

Email: gema.gonzalez@gpex.es

Kind regards,

Gema González Jiménez

Técnica de Proyectos Europeos

European Project Advisor

AEXCID

Extremadura Agency for International Development Cooperation

Avda. Valhondo, s/n

(Edificio Mérida, III Milenio)

Módulo 1 - Planta 2ª.

Mérida - Badajoz (06800)

Tel: (+34) 924 17 01 96

Fax: (+34) 924 00 33 01

gema.gonzalez@gpex.es

Consortium Search in the framework of Erasmus plus (k1, k2 and k3)

Applicant Details

Full legal name:

[Extremadura Agency for International Development Cooperation](#) (Regional Government of Extremadura)

Acronym:

AEXCID

Address:

Avda. Valhondo, s/n (Edificio Mérida III Milenio) Módulo 1 - Planta 2ª

Country: Spain

Post Code: 06800

City: Merida (Spain)

Contact person: Gema Gonzalez Jiménez

Email: gema.gonzalez@gpex.es

Telephone +34924170196

Background & Experience

Type of Organization: Public Body

Is the partner organization a public body? YES

Is the partner organization a non-profit? YES

Description of the organization:

The Extremadura Agency for International Development Cooperation (AEXCID) is the management body for Extremadura cooperation, which combats poverty and works for sus-tainable human development, supporting and promoting International Development Cooperation. The Extremadura Agency for International cooperation

and Development is in charge of the design of Extremadura development policy and delivering aid throughout the world.

AEXCID is a public body, established in 2008, which aims is the promotion and human sustainable development, both at the international and at the local level. For this purpose AEXCID mobilizes and networks the experience, best practices, know-how and innovation of the territorial system of the Extremadura Region, in order to participate to the global challenges against Description of the organization poverty and for the sustainable development. The AEXCID promotes and implements different types of activities:

- development cooperation projects with other countries with a specific territorial approach, building exchange opportunities on sustainable development topics;
- initiatives of awareness raising and education to global citizenship addressed to the schools, LAs and civil society;
- training and initiatives with LAs, NGDOs, ?

In this context, the AEXCID works in close relation with the Regional Ministry of Education of the Government of Extremadura, the University of Extremadura and more than 90 NGDO's which work in the education for development area.

Building Regional and European Capacity in Manufacturing Knowledge Clusters

Outline

Erasmus+ Programme Guide Priorities

Programme Horizontal priorities

- Sustainable investment, performance and efficiency: priority will be given to actions supporting the effective implementation of the Investment Plan for Europe, including by promoting funding models attracting private actors and capital, as well as supporting the design of evidence-based reforms that deliver quality in education, training and youth systems and policies. Priority will also be given to actions supporting the development of innovative ways to ensure sustainable investment in all forms of learning, both formal and non-formal, including performance-based funding and cost-sharing.
- Open and innovative practices, in a digital era: priority will be given to actions that promote innovative methods and pedagogies, participatory governance where appropriate, develop learning materials and tools as well as actions that support the effective use of Information and Communication Technologies (ICTs) in education, training and youth.

Programme Field-specific priorities

- In the field of higher education, priority will be given to the following actions in line with the challenges identified in the public consultation on the review of the EU Modernisation Agenda for Higher Education:
- In the field of vocational education and training (VET), priority will be given to:

About the University of Wolverhampton and the West Midlands Manufacturing Club

The University of Wolverhampton is a vibrant, modern institution which has a demonstrable track record in supporting global economic development, driving regional, sub-regional and international innovation agendas, promoting excellence, innovation and creativity with an unrivalled reputation for widening participation. Working through Global and European networking partnerships and collaborations the University of Wolverhampton is directly influencing policy making for the creation of economic eco-systems and transferring knowledge from academia into business in the UK and overseas markets and is one of the leading Universities, performing in the top ten in the UK for knowledge transfer through business engagement.

Context

Born in 2001 in the Faculty of Science and Engineering as a vehicle to facilitate extensive knowledge/technology exchange between academia and the industry, the West Midlands Manufacturing Club (WMMC) has grown into a brand that now offers local businesses the opportunity to access a comprehensive programme of support through the University of Wolverhampton's Business Solutions Centres in Wolverhampton, Telford & Wrekin, Shropshire & Herefordshire.

WMMC's focus is to support the regional manufacturing community through training, education and consultancy to help your business to achieve its full potential and outperform competition.

WMMC is a unique collaboration between industry, academia and local government partners who have come together to nurture manufacturing innovation and accelerate regional growth.

The free to join club offers support in Computer Aided Design, Building Information Modelling, Knowledge clusters lead by regional tier one manufacturers, Best practice and specialist consultancy, Manufacturing diagnostics, Access to finance, Export, Supply chain development.

WMMC's focus is to support the regional manufacturing community through training, education and consultancy to help your business to achieve its full potential and outperform competition.

Rationale

The University now wishes to work in partnership with organisations similar in structure and scope to that of the West Midlands Manufacturing Club.

In doing so, we aim to

- facilitate knowledge transfer processes,
- identify the growth barriers of those organisations engaged in manufacturing activities,

- enhance the sector-specific training provision, and
- develop VET business partnerships so that local businesses can access our local pool of apprentices
- create a European network of manufacturers that would act as a vehicle for international trade purposes, and hence, stimulate the local and regional economies.

Call

Funding programme: Erasmus Plus

EC service: **Cooperation for innovation and the exchange of good practice (Key Action 2), Strategic Partnership - Development of Innovation**

Closing date: 29 March at 12:00 (midday Brussels time)

Duration

2 - 3 years

Partners involved

University of Wolverhampton

Partners type and roles of interest

Partners

- Ideally representing industry - academia - local governments (either single entities, either collaborations of ie manufacturing private actor - HE institution - local chamber of commerce
- Min. 3 partners from 3 different programme countries;

Intellectual Outputs and Budget Structure

Description

- Needs Analysis to identify growth barriers in the manufacturing sector and their nature. This intellectual output will conduct a survey with sector stakeholders. The data will be collated and analysed to inform training design aimed at manufacturers in the region. Data from the needs analysis will also feed into the Business School and Elite Manufacturing Centre, enabling informed strategies and curriculum development. No. days & Staff category: 25 - Researcher/5 - Admin
- Peer to Peer Mentoring platform embedded in the WMMC's website; the platform can also have a short online course on the advantages of clustering, to encourage transnational cooperation. No. days & Staff category: 37 - T/T/R/25 - Technician
- Workshop Design (informed by the Needs Analysis (IO1)). No. days & Staff category: 25 - Trainer/Researcher
- Workshop Pilot (linked to LTTA - Train the trainer event). No. days & Staff category: 7 - Trainer

The project will also feature a 5-day train the trainer event held in the UK. The training event will be linked to Intellectual Output 3 - pilot of the workshops developed. 7 staff days for delivery will be included under Intellectual Output 4 for preparation and delivery.

Financial aspects

EC contribution: 220.000 €

EC co-funding rate: 100%

Deadline

Friday, 17 March, 2017

Contact person(s)

Benjamin Martinez

University of Wolverhampton

Tel.: 0032494261725

Email: bmsanchis@wlv.ac.uk

Date of publication

Thursday, 9 February, 2017

ERRIN Member

Bicycling, tourism and regional development

Outline

Facilitating bicycling for tourists and residents

The County of Telemark, Norway is looking for European partners in connection with their work on a county wide strategy for bicycling. The strategy will be part of a 3 year program to join relevant partners together to develop Telemark further as a popular bicycle destination in Norway. Areas they wish to focus on are further development of bicycle trails and paths in rural and urban areas, accommodations for bicyclists such as camping, bed and breakfasts, etc., signage/maps, digital marketing, cooperation with local businesses and the tourism sector. Telemark is part of the [North Sea Cycle Route](#).

Call

We would like to join a European project under development with a county or city working with similar focus areas who we can share knowledge and experience with.

Duration

2017-2020

Partners involved

No partners involved per now

Partners type and roles of interest

Looking for cooperation with European counties working with the same issues and challenges and that have a strategy to facilitate bicycling both for tourists and everyday cyclists.

Financial aspects

To be decided

Deadline

Friday, 31 March, 2017

Contact person(s)

Vibeke Jakobsen, Telemark County Council, Team business development and innovation: email: vibeke.jakobsen@t-fk.no

Date of publication

Tuesday, 14 February, 2017

ERRIN Member

Oslo Region

Workinggroup

Transport